

Frankreich

# Tochter des Sozialismus

**Stoppen die Rechten die humanitären Solonummern der linken Präsidentengattin Danielle Mitterrand?**

Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand fand den *Figaro* neben dem Frühstückstee so gefaltet vor, daß ihm die Überschrift ins Auge sprangen mußte: „Friedensnobelpreis für den Dalai Lama“. Plaziert hatte Ehefrau Danielle das Blatt, „mit leichtem Triumph“, wie sie sich an den 6. Oktober 1989 erinnert.

Voriges Jahr versetzte die Verleihung des Friedensnobelpreises Frankreichs „première dame“ schon wieder in Hochstimmung. Denn die Ehrung der guatemaltekischen Indianerin Rigoberta Menchu war „ein Sieg für uns“, so die Präsidentengattin im nachhinein.

Kein Zweifel: Danielle Mitterrand, 68, und ihre weltweit operierende Menschenrechtstiftung France-Libertés können etwas bewegen. Als noch niemand an den Nobelpreis für ihn dachte, hatte die Dame den Dalai Lama schon mit einem Empfang in Paris aufgewertet – dem Stirnrunzeln ihres François zum Trotz, ungeachtet der Proteste Pekings über die Ehre für diesen „gefährlichen Separatisten“ und gegen die Warnung des Pariser Außenministeriums. Auch die Armen-Aktivistin Menchu war von der Sozialistin im Elysée-Palast zwei Jahre lang betreut worden.

Vorige Woche verbuchte die Pariser Menschenrechts-Passionaria für Kurden im Irak („Man muß aufschreien“), für Indios in Zentralamerika und Opfer von Folter und Rassismus („Perversion des Geistes“) erneut einen Erfolg: Serben-Präsident Slobodan Milošević, der sich Danielle Mitterrand in Belgrad zunächst verweigert hatte, ordnete am Freitag abend dann doch die Freilassung des schwer mißhandelten Oppositionsführers

Vuk Drašković und dessen Frau Danica an: Danielle Mitterrand: „Ich bin besonders glücklich.“

Der Balkan-Trip heizte – wieder einmal – die Debatte um Rang und Aktivitäten der Präsidentengemahlin an. Der humanitäre Eifer dieses „Gewissens Frankreichs“ (*The Times*) erfüllt linke Franzosen mit Bewunderung; die Rechten sehen darin eher die ärgerliche Paralleldiplomatie einer Brachialsozialistin, die ihren Status als Gattin des Staatsoberhauptes mißbrauche. Schon 1990 forderte der gaullistische Abgeordnete Eric Raoult, dieser Linken Einhalt zu gebieten.

Anlaß für solche Rufe gab die Gründerin von France-Libertés und unverdrossene Bannerträgerin des Aufbruchsozialismus reichlich. Allein die Ankündigung ihres Besuchs in einem Polisario-Lager in Algerien löste eine diplomatische Krise zwischen Frankreich und Marokko aus; König Hassan beschimpfte Danielle als „morganatische Gattin“.

Washington verpöhlte die streitbare „Tochter des Sozialismus“ – so die Selbsteinschätzung – mit der Beschuldigung, es wolle Kuba „strangulieren“. Mit der Bloßstellung von Menschenrechtsverstößen, von denen sie sich in oft gefährlichen Erkundungsreisen selbst überzeugte, vergrätzte die tapfere Streiterin Regime in Südafrika und Chile, aber auch die Türkei und, der Indianer wegen, sogar Kanada.

Iraker wie Türken wüteten gegen einen von Danielle Mitterrand geführten, nicht genehmigten Hilfskonvoi zu den Kurden im Nordirak; ein Bombenanschlag auf die Kolonne kostete sieben Menschen und beinahe auch ihr das Leben.

Vor den humanitären Kampagnen der linken Jeanne d'Arc bleibt auch das eigene Land nicht verschont. Die Zustände auf der französischen Insel Réunion im Indischen Ozean fand die Sozialistin „kolonialistisch“. Als der gaullistische Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, sich taktlos über die „Gerüche“ von exotischen Einwanderern mokierte, stürzte sich die „linke Hälfte Mitterrands“ – so der Volksmund – händeschüttelnd in das Pariser Rassenschmelzviertel Goutte-d'Or.

Jede neue Danielle-Aktion belebt das populäre Rätselspiel, wie das auf die goldene Hochzeit zusteuernde Ehepaar Mitterrand zusammen klarkommt. Gemeinsam zeigt es sich fast nur bei Protokollpflichten. Der 76jährige Präsident steht im noch intakten Ruf eines „homme à femmes“- eines Schürzenjägers. Danielle ihrerseits brach eine Tour durch Südamerika nicht einmal ab, als ihr François wegen eines Prostataleidens operiert werden mußte.

Doch Insider schwören, daß die Mitterrands sich menschlich näher stünden als politisch; zumindest da hat Madame Klarheit geschaffen: „Er ist Mitterrandist, ich bin Sozialistin.“ Allen Entfremdungsgerüchten zum Trotz rühmt die Elysée-Herrin ihren Mann – die beiden hatten sich 1944 in der Résistance gegen die Nazi-Besatzer kennengelernt – als „außergewöhnliches Wesen“. Und Danielle bekennt öffentlich: „François hat mich geformt.“

Solidarisch schützt der sonst so eiskalte Stratege seine Frau gegen alle Attacken von Pariser Politikern, die der Präsidentengattin gern einen Maul-



Präsidentengattin Danielle Mitterrand, Serben-Führer Milošević (r.): Gewissen Frankreichs

korb verpassen würden. Doch Mitterrands Position ist seit dem Wahlabsturz der Linken geschwächt. Die neue Rechtsregierung mit dem Chirac-Freund Alain Juppé im Außenministerium will die Solonummern der „verspäteten Linken“ – so ein Gaullist – nicht mehr hinnehmen. Erster Schritt: Die Rechten wollen der Sozialistin Frankreichs Botschaften im Ausland, bisher Basislager ihrer Hilfsaktionen, sperren.

Die Résistance-erprobte Erste Dame Frankreichs will sich durch solche Unbill nicht beirren lassen. Forsch verkündet sie: „Ich mache weiter bis zum Tode.“ □

Albanien

# Hilfe mit Schlagstock

**Neuer Konfliktherd im ethnischen Balkangewirr: Albanien griechische Minderheit droht mit der Forderung nach Autonomie.**

**E**ineinhalb Monate lang hat der Albaner Sali Ndicim, 30, den Bauern im griechischen Ort Risaro bei der Melonenernte geholfen. Dafür bekam er 2500 Drachmen pro Tag, ein Fünftel des Lohns, den Griechen für dieselbe Arbeit kassieren.

„Wir waren 70 Landsleute“, erzählt der Sozialhilfeempfänger aus dem alba-



**Ausgewiesene Albaner: Opfer der „Aktion Besen“**

nischen Elbasan. Die meisten gelangten illegal über die Berge nach Griechenland. „Aus Angst vor der Polizei schliefen wir im nahe gelegenen Wald, einige auch in verlassenen Hundehütten.“

Doch dann war der Traum vom Fernseher oder dem eigenen Motorrad jäh zu Ende. Als sie am vergangenen Montag zur Arbeit gingen, wurden die Melonenpflücker in einer Razzia aufgelesen. Nach mehreren Stunden Verhör im Polizeirevier, einigen Hieben mit dem Schlagstock und versehen mit dem Rat, möglichst schnell das antigriechische Regime in Tirana zu stürzen, brachte sie ein Bus zum albanisch-griechischen Grenzübergang, etwa 30 Kilometer südöstlich von Gjirokaster.

Etwa 30 000 Albaner, die meisten ohne gültige Arbeitspapiere, wurden seit vorigem Monat in der „Aktion Besen“ von den griechischen Behörden nach Albanien abgeschoben, viele von ihnen brutal mißhandelt. Mindestens 3000 hätten eine reguläre Arbeitserlaubnis besessen, protestiert die albanische Regierung.

Gut möglich, daß der Emigranten-Exodus noch andauern wird. „Wenn die albanische Regierung mit ihrer Griechenland-Hysterie nicht einlenkt“, droht der griechische Konsul Christos Iacovou in Gjirokaster, „werden wir alle 150 000 illegalen albanischen Arbeiter zurückschicken. Diese Leute sind ein soziales Problem für unser Land.“

Zweifellos ist Athens Muskelspiel weniger ein Zeichen der Sorge um die soziale Wohlfahrt der Hellenen als vielmehr Rache für die vorausgegan-

ne Ausweisung des griechischen Archimandriten (Abt) Chrysostomos Maidonis durch die albanische Regierung.

Unter dem Stalinisten Enver Hodscha war Religionsausübung in Albanien mit dem Tode bedroht. Nach der Wende akzeptierte die neue Führung in Tirana Priester aus Hellas für ihre griechische Minderheit.

Einer von ihnen war der Archimandrit von Gjirokaster und Sarande, Chrysostomos Maidonis. Den zerrten am Morgen des 25. Juni sieben albanische Polizisten nach einem Handgemenge in seiner Wohnung am Bart ins Freie. Orthodoxe Gläubige, die zur Hilfe eilten, wurden mit Schlagstöcken in die Flucht getrieben, der Würdenträger sah sich mit Blaulicht als Persona non grata nach Griechenland abgeschoben.

Sechs Monate lang, so lautete die Begründung für den Rauschmiß, habe der „Klero-Faschist“ Bücher und Landkarten verbreitet, in denen Südalbanien als „griechisches Territorium“, als Nordepirus, eingezeichnet war. Außerdem habe der Oberhirte den Moslems Lebensmittelpakete geschenkt, in denen orthodoxe Kreuze und Bibeln versteckt gewesen seien.

Hinter all dem, so mutmaßt Albanien Präsident Sali Berisha, 48, stecke die penetrante Absicht Griechenlands, Albanien zu hellenisieren und es zu einer orthodoxen Kolonie zu machen. Berisha: „Deshalb will Athen seinen Kleirus bei uns einschleusen.“

Das Trauma der Skipetaren, fremde Mächte könnten die Herrschaft über ihr kleines Adrialand anstreben, lebt auch nach dem Fall des Kommunismus weiter. Tirana reagiert zunehmend nervös